

Vertreter der Professur für Öffentliches Recht am
Institut für Staatsrecht, Verfassungslehre und Rechtsphilosophie
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

Stuttgart 21, Datteln IV und die Loveparade 2010

Seminar für Haupt- und Nebenfachstudierende zu aktuellen und grundlegenden Problemen kommunaler Demokratie

Im Seminar findet als Blockveranstaltung am 27./28. Januar 2012 in Heidelberg statt. Neben der juristischen Perspektive sind je nach Referatsthema auch verwaltungs- und politikwissenschaftliche sowie rechtsvergleichende Ansätze willkommen. Die Studierenden sind außerdem herzlich eingeladen, eigene Themenvorschläge zu unterbreiten. Wer das tun möchte, möge mir bis zum 30.09.2011 das Referatsthema samt einer kurzen Begründung (ca. eine Seite) übermitteln (bernd.hartmann@jurs.uni-heidelberg.de). Die Themenvergabe erfolgt in einer Vorbesprechung am 13. Oktober 2011 um 11 Uhr c.t. im Übungsraum 4. Das Referat ist bis zum 8. Januar 2012 abzugeben.

I. Stuttgart 21

1. Planungsrechtliche Bürgerbeteiligung bei Großvorhaben: Stärkung demokratischer Elemente, Beschleunigungsbestrebungen und Rechtssicherheit
2. Mediation und Öffentlichkeit am Beispiel des Schlichtungsverfahrens
3. Zum Einfluss der „Experten“ auf demokratische Entscheidungen
4. Die Finanzierung des Bahnprojekts „Stuttgart 21“ aus verfassungsrechtlicher Perspektive
5. Das Bürgerbegehren „Ausstieg der Stadt aus dem Projekt Stuttgart 21“
6. Zur Volksabstimmung über das Kündigungsgesetz zu Stuttgart 21

II. Datteln IV

7. Interessenkonflikte bei der projektbezogenen Vorhabenplanung
8. Die Beteiligungs- und Klagerechte von Nachbarn und Umweltverbänden
9. Der Rat als „Feierabendgesetzgeber“: die Nebenamtlichkeit der Ratsmitgliedschaft aus politischer und juristischer Sicht
10. Zum Verhältnis von Bauleitplanung und immissionsschutzrechtlichem Genehmigungsverfahren

III. Loveparade 2010

11. Grundrechtsschutz für Versammlungen, die keine öffentlichen Angelegenheiten erörtern?
12. Die Zuständigkeitsbereiche von Polizei- und Genehmigungsbehörden bei genehmigungspflichtigen Großereignissen
13. Staatliche und kommunale Öffentlichkeitsarbeit nach Katastrophen zwischen Transparenz und Fürsorgepflicht
14. Beamten- und kommunalrechtliche Fragen des Rücktritts und der Abwahl des Bürgermeisters

IV. Grundlagen kommunaler Demokratie

15. Die Qualität des politischen Personals als Grund für Politik(er)verdrossenheit?
16. Zur Grundrechtsberechtigung kommunaler Amtsträger (Bürgermeister, Ratsmitglieder)
17. Die Übertragung von Ratssitzungen im Internet zwischen Öffentlichkeitsinteresse und Persönlichkeitsschutz
18. Wahrheitspflicht der Kandidaten im Kommunalwahlkampf?
19. Haushaltssicherung und kommunale Selbstverwaltung
20. Kommunale Insolvenz?